

A-1 Machen was zählt: In Berlin und in einem starken und geeinten Europa

Antragsteller*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am:
15.05.2024) Erik Marquardt (KV Treptow-
Köpenick) Hannah Neumann (KV
Lichtenberg) Corinna Balkow (KV
Charlottenburg-Wilmersdorf) Jan-Denis
Wulff (KV Lichtenberg) Sergey Lagodinsky
(KV Pankow)

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Berlin in einem starken und geeinten
Europa

Antragstext

1 Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 geht es nicht um eine
2 abstrakte Institution, sondern um die Zukunft der Europäischen Union (EU) und
3 von über 450 Millionen Menschen, die in ihr leben.

4 Am 9. Juni 2024 geht es um ambitionierten Klimaschutz, um den Erhalt unserer
5 Lebensgrundlagen und eine zukunftsfeste Wirtschaft mit dem Green New Deal, um
6 die Voraussetzungen für eine chancengerechte Gesellschaft und gesicherte
7 Lebensgrundlagen für diese und künftige Generationen. Es geht um den
8 Zusammenhalt der europäischen Gesellschaft und die Stärkung und den Ausbau der
9 europäischen Demokratie. Denn in einer globalisierten Welt, in der
10 Herausforderungen nicht an nationalen Grenzen haltmachen, bietet nur ein
11 starkes, soziales und geeintes Europa für uns alle Frieden und Sicherheit.

12 Auch für Berlin und für uns Berliner*innen geht es am 9. Juni um viel. Ob im
13 Tourismus, durch die Förderung von Infrastruktur oder in der Wissenschaft:
14 Berlin profitiert in unterschiedlichsten Bereichen ganz konkret von der
15 Europäischen Union. Wir Berliner*innen profitieren von der Freizügigkeit, vom
16 Frieden und von wirtschaftlichen Vorteilen. Das wollen wir nicht nur bewahren,
17 sondern schützen und stärken.

Für Zusammenhalt und den Schutz von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten

18 Die Europäische Union steht seit ihrer Gründung unverrückbar für Demokratie,
19 Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Um diese Werte zu bewahren und zu
20 stärken, gilt es, diese täglich zu verteidigen. Für uns Bündnisgrüne bedeutet
21

22 das auf allen Ebenen eine klare Absage an antidemokratische, nationalistische
23 und rechtsextreme Kräfte.

24 Der Rechtsruck in Deutschland und Europa ist eine Gefahr für unsere Demokratie.
25 Rechtsextreme und -populistische Parteien, die mit Hass, Hetze und Lügen
26 demokratische Gesellschaften spalten wollen, sind in europäischen Ländern auf
27 dem Vormarsch – und vor allem im digitalen Raum vertreten. Sie provozieren
28 Gewalt im echten Leben und vergiften unsere Debattenkultur durch Verbreitung von
29 Desinformationen, Verschwörungstheorien und rechtsextremen Erzählungen. Es ist
30 eine unserer zentralen Aufgaben, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer wieder
31 aufs Neue zu verteidigen und stärken!

32 Dies ist umso wichtiger, da wir in vielen europäischen Staaten Rückschritte
33 erleben. So wurden etwa in Ungarn Grundrechte eingeschränkt und demokratische
34 Institutionen angegriffen. Es ist bezeichnend, dass die AfD Viktor Orbán als ihr
35 Vorbild feiert. Die EU braucht Instrumente, sich dem entgegenzustellen. Das
36 mächtigste Mittel ist, die Auszahlung von EU-Geldern an die Einhaltung von
37 Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechten zu knüpfen. Auf unseren grünen
38 Druck hin hat die EU den Großteil des EU-Gelds für Ungarns Premier Viktor Orbán
39 eingefroren, um seine Korruption zu stoppen. Dieses Prinzip wollen wir noch
40 konsequenter anwenden. Dass wir Ursula von der Leyen erst verklagen mussten,
41 damit sie Orbán die Gelder kürzt, zeigt: Es braucht starke
42 Rechtsstaatsverteidiger*innen im Europaparlament.

43 Wir wollen die Demokratie in Europa nicht nur schützen, sondern auch ausbauen:
44 mehr Mitsprache fürs Europaparlament, mehr Handlungsfähigkeit durch die
45 Abschaffung nationaler Vetos, mehr Transparenz. So machen wir die EU fit für
46 eine nächste große Erweiterung, die wir der Ukraine, der Republik Moldau und den
47 Ländern des Westbalkans versprochen haben.

48 **Für ein Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit – in Europa und weltweit**

49 Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt. Sie garantiert Millionen von
50 Menschen auf ihrem Gebiet Frieden, Freiheit und Sicherheit. Und mehr noch: Sie
51 bietet Schutz und Perspektiven für diejenigen, die vor Krieg, Verfolgung und
52 Gewalt zu uns fliehen.

53 Wir werden in Berlin und auch im nächsten Europäischen Parlament für eine
54 Verbesserung der Situation von Schutzsuchenden kämpfen. Die Situation der
55 Menschen, die in Europa Schutz suchen, ist untragbar und muss deutlich
56 verbessert werden. Massive Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen,
57 schlechte Verteilung von Schutzsuchenden und menschenunwürdige Massenlager: Die
58 Abschreckungs- und Abschottungspolitik der letzten Jahre hat nicht nur
59 unerträgliches Leid, sondern auch zunehmendes Chaos geschaffen. Die aktuelle
60 Asylpolitik ist eine offene und schmerzhaft Wunde der europäischen Idee. Aus

61 unserer Sicht sind die Asylrechtsverschärfungen der EU-Asylreform nicht der
62 richtige Weg, um Flucht und Migration rechtsstaatlich und menschenwürdig zu
63 organisieren. Wir brauchen bessere Integrationsmöglichkeiten für Schutzsuchende
64 und mehr europäische Solidarität. Menschenrechte müssen vor allem in
65 Krisenzeiten geschützt werden. Rechtsstaatliche Verfahren und die Achtung der
66 Menschenwürde müssen wieder als die Stärke Europas betrachtet werden. Eine
67 Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten und damit eine faktische
68 Abschaffung des Asylrechts in Europa lehnen wir ebenso entschieden ab wie andere
69 Scheinlösungen wie Obergrenzen oder stationäre Binnengrenzkontrollen zur
70 Migrationskontrolle.

71 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat uns daran
72 erinnert, dass in Europa Frieden, Sicherheit und Souveränität eben nicht so
73 selbstverständlich sind, wie wir es uns wünschen würden. Dieser Angriffskrieg
74 hat uns auch gelehrt, dass unsere Werte und unsere Demokratie ganz konkret
75 angegriffen werden und verteidigt werden müssen. Das Schicksal der Ukraine und
76 der Ukrainer*innen zeigt uns, wie schmerzhaft es ist, wenn die Friedensordnung,
77 an die wir uns so lange gewöhnt haben, gebrochen wird. Für die Unterstützung der
78 Ukraine gegen die Aggression braucht es ebenso eine starke und solidarische
79 Europäische Union, wie für die Aufnahme von Geflüchteten. Dabei sollten alle
80 Regionen und Metropolen Europas einen Beitrag leisten.

81 Für uns als Berliner Grüne ist klar: Berlin wird weiterhin ein weltoffener Ort
82 bleiben, an dem man Zuflucht findet.

83 **Für grüne Transformation, Biodiversität und Klimaneutralität bis spätestens 2050**

84 Dürre, Hitze, Waldbrände und Überschwemmungen sind die neue traurige Realität in
85 Deutschland und Europa. Extremwetterereignisse ereignen sich nicht irgendwann,
86 sondern sie geschehen bereits im Hier und Jetzt. Diesen und vielen weiteren
87 Herausforderungen müssen wir begegnen – nicht allein, und auch nicht nur auf
88 Landes- und Bundesebene, sondern europäisch und global.

89 Mit dem Europäischen Green Deal sind in den letzten Jahren viele wichtige
90 Weichen für die grüne und digitale Transformation gestellt worden. Die
91 klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft und Infrastruktur sichert nicht
92 nur die Zukunft unserer Wirtschaft und schafft soziale Sicherheit; die Anpassung
93 an die Klimakrise, der Schutz und die Erholung der biologischen Vielfalt
94 bewahren gleichzeitig unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Wir setzen uns auf
95 allen politischen Ebenen dafür ein, dass der Europäische Green Deal
96 vorangetrieben wird und stellen uns dem konservativen Rollback in der
97 Klimapolitik entgegen.

98 Die Klimakrise wirkt nicht nur unmittelbar auf die Lebensrealität vor Ort,
99 sondern verschärft bereits bestehende Probleme zum Teil erheblich. Mit dem

100 Europäischen Klimagesetz ist das politische Ziel der EU, bis 2050 klimaneutral
101 zu werden, zu einer rechtlichen Verpflichtung geworden. Wir wissen, dass das
102 eigentlich zu spät ist und tun auf europäischer Ebene alles dafür, es früher zu
103 erreichen. Die Klimaschutzpolitik der EU- Kommission mit angezogener Handbremse
104 muss beendet werden. Für uns bleibt – trotz kleiner werdender Chancen auf
105 Zielerreichung – das 1,5-Grad-Ziel handlungsleitend.

106 Wir wollen, dass Berlin diese Vorgaben nicht nur einhält, sondern sie auch
107 ambitioniert umsetzt. Dabei gilt es den Umbau der Stadt zur Schwammstadt
108 voranzutreiben, die Verkehrswende und eine Vision-Zero in der Mobilität
109 ernsthaft anzugehen, sowie die Grünflächen in der Stadt zu schützen.

110 Neben der Klimakrise ist die Biodiversitätskrise die zweite große ökologische
111 Krise unserer Zeit. Ökosysteme kennen keine Staatsgrenzen, sie sind ganz
112 natürlich miteinander verbunden. Die Biodiversitätskrise stoppen wir in Berlin
113 oder Deutschland nicht allein, sondern nur im europäischen Verbund. Mit der EU-
114 Biodiversitätsstrategie für 2030 führt die EU ihre Strategie zum Schutz der
115 Ökosysteme und der Biodiversität fort.

116 Mit dem Renaturierungsgesetz der EU ist das weltweit erste Gesetz zur Rettung
117 der Natur im Europäischen Parlament auf den Weg gebracht worden. Dieser
118 bedeutende grüne Erfolg auf europäischer Ebene schafft eine neue
119 Doppelstrategie: Schutz und Wiederherstellung der Natur. Daraus folgen
120 Verpflichtungen für Deutschland und auch Berlin, für deren Umsetzung wir uns
121 einsetzen. Wir wehren uns gegen alle Bestrebungen, das Gesetz abzuschwächen oder
122 zu umgehen.

123 **Für soziale Sicherheit und Zukunftsperspektiven in Zeiten des Wandels**

124 Unsere Welt befindet sich im Wandel, und damit einher gehen viele Unsicherheiten
125 und finanzielle Sorgen. Wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter
126 auseinandergeht und Menschen ihre Miete oder ihr Essen nicht mehr bezahlen
127 können, stellt sich die Gerechtigkeitsfrage noch lauter als ohnehin. Für mehr
128 Zusammenhalt und Zuversicht muss die Europäische Union darum sozial gerechter
129 werden. Wir wollen eine EU, in der alle Menschen ein gutes und sicheres Leben
130 haben: mit fairen Löhnen, verlässlichen Arbeitsbedingungen, sozialer Sicherheit
131 und Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung. So stärken wir das Zutrauen der
132 Bürger*innen in eine handlungsfähige Europäische Union und nicht zuletzt in
133 unsere Demokratie. Eine Europäische Union als eine soziale Union ist auch ein
134 Versprechen an die Breite der Gesellschaft.

135 Mit EU-Förderprogrammen wie dem Europäischen Sozialfonds (ESF+) leistet die
136 Europäische Union einen wichtigen Beitrag für die Menschen. Der ESF+ ermöglicht
137 den Zugang zu Arbeit und Ausbildung, besseren Arbeitsplätzen, bietet
138 Qualifizierung und unterstützt die soziale Integration und Inklusion. Wir

139 begrüßen, dass dies in Berlin bedeutet, dass Mitarbeiter*innen in
140 Pflegeeinrichtungen mit Bedarf an Alphabetisierung und Grundbildung gefördert
141 werden oder Menschen mit Fluchterfahrung zu ermöglichen ein Teil der aktiv
142 engagierten Stadt zu sein.

143 Mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wird auch Berlin
144 dabei unterstützt, Quartiere lebenswerter zu gestalten, die Lebensqualität der
145 Menschen zu verbessern sowie Kultur- und Tourismusangebote auszubauen.
146 Europäische Fördermittel, die vor Ort konkrete Projekte umsetzen und Angebote
147 für Bürger*innen finanzieren, sind ein wichtiges Instrument, um die Sichtbarkeit
148 der Europäischen Union zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass der
149 Ansatz regionaler Förderung für alle Regionen Europas auch zukünftig bestehen
150 bleibt.

151 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, eine faire Verteilung von Macht, mehr
152 Frauen in Führungspositionen und in den Parlamenten, kurz: eine
153 geschlechtergerechte Gesellschaft - und ein geschlechtergerechtes Europa - ist
154 unser Ziel. Wir befürworten deshalb explizit Programme, die die Gleichstellung
155 der Geschlechter fördert und Maßnahmen gegen Diskriminierung umsetzt. Menschen
156 mit Behinderung werden immer noch in vielen Lebensbereichen diskriminiert. Wir
157 sagen: Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist ein Menschenrecht, das für alle
158 gilt. Vor nun über zehn Jahren ist in der Europäischen Union die UN-
159 Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Kraft getreten. Diese verpflichtet die
160 Mitgliedsstaaten dazu, Teilhabe, ein selbstbestimmtes Leben, Zugänglichkeit und
161 Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung zu garantieren. Dennoch wird die
162 UN-BRK nach wie vor weitgehend ignoriert - sei es beim Wohnen, Arbeiten oder
163 Reisen. Die Europäische Union muss mehr Druck auf ihre Mitgliedstaaten ausüben,
164 damit die EU endlich der UN-BRK nachkommt.

165 Unternehmer*innen wünschen sich eine Umgebung, die transformationsfreundlich und
166 offen ist. In der Investitionen mittel- und langfristig Früchte tragen. In der
167 motivierte, gut ausgebildete Arbeitnehmer*innen sowohl nach innen als auch nach
168 außen zum Erfolg eines Unternehmens beitragen. Für uns Bündnisgrüne ist dies
169 untrennbar mit dem Schutz der Gesundheit und Sicherheit sowie Chancengleichheit
170 der Arbeitnehmer*innen verbunden. Dazu zählen die Gleichbehandlung am
171 Arbeitsplatz sowie die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung. Die Grundsätze für ein
172 soziales Europa sind in der Europäischen Säule sozialer Rechte angelegt. Dabei
173 darf es aber nicht bei Grundsätzen und Empfehlungen bleiben. Wir wollen
174 rechtsverbindliche und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten.

175 Die Europäische Union muss zur Verbesserung des Status Quo geschlossen vorgehen
176 und braucht mehr finanzielle Mittel und Instrumente, um gemeinsam Strategien
177 anzuwenden. Dies bedeutet unter anderem, die Steuer für Superreiche einzuführen
178 und konsequent Steuerschlupflöcher zu schließen sowie Steuerbetrug besser zu
179 verfolgen. Denn wir sehen derzeit, dass die Mittelschicht zahlt, Milliardäre
180

181 aber nicht. Es bedeutet aber auch, die bereits bestehenden Möglichkeiten
182 effizienter zu nutzen. Klar ist: Aus Krisen spart man sich nicht heraus, man
183 investiert sich antizyklisch heraus. Nachfolgende Generationen werden uns nicht
184 dafür danken, besonders gut gespart zu haben, sondern dafür, dass wir klug und
nachhaltig investiert haben.

185 Die Europäische Union soll eine Union sein, mit einem Versprechen an ihre
186 Bürger*innen zur Bekämpfung von sozialer Ungleichheit, Armut und Diskriminierung
187 und einem Leben voller Chancen, sozialem Schutz und Gleichstellung.

188 In Zeiten des Wandels sehnen sich viele Menschen nach Sicherheit und Stabilität.
189 Gute Arbeit mit fairen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen Mitsprache geben
190 in Zeiten des Wandels diese Sicherheit.

191 Ein starkes und geeintes Europa bietet die beste Garantie für Frieden, Freiheit,
192 Wohlstand und Sicherheit für alle Menschen. Wir wollen die Errungenschaften der
193 EU erhalten und sie zugleich weiterentwickeln, hin zu einer nachhaltigen,
194 demokratischen und sozial gerechten Gemeinschaft. So stärken wir das Zutrauen
195 der Bürger*innen in eine handlungsfähige Europäische Union, die den
196 Demokratiefeinden keinen Raum lässt.

Unterstützer*innen

Kathleen Wabrowetz (LAG Europa), Mascha Brammer (LAG Europa)